



Büro Stadtverordnetenversammlung
 Marktplatz 4
 65428 Rüsselsheim am Main

Rüsselsheim, den 03.05.2025

Antrag der SPD-Fraktion zur Verweisung

Schutz der Schulen vor Vandalismus – Prüfauftrag zu baulichen und technischen Maßnahmen

Der Magistrat wird beauftragt, geeignete Maßnahmen zum besseren Schutz der Rüsselsheimer Schulen vor Vandalismus und sicherheitsrelevanten Störungen zu prüfen. Dabei sollen insbesondere folgende Punkte betrachtet werden:

1. Die bauliche Einzäunung von Schulgeländen – vollständig oder in Teilen – unter Berücksichtigung der Umsetzbarkeit, der Kosten, der optischen Wirkung sowie der Auswirkungen auf die Nutzbarkeit.
2. Weitere technische und infrastrukturelle Schutzmaßnahmen wie z. B. verbesserte Beleuchtung, Videoüberwachung, Rolltore oder bauliche Abgrenzungen an neuralgischen Punkten
3. Die Entwicklung individueller Sicherheitskonzepte, angepasst an die örtlichen Gegebenheiten der jeweiligen Schule, unter Einbeziehung der Erfahrungen von Schulleitungen, Elternvertretungen und städtischen Fachbereichen.
4. Eine Gegenüberstellung der geschätzten Kosten der unter Punkt 1–3 genannten Maßnahmen mit den bisherigen jährlichen Aufwendungen zur Beseitigung von Vandalismusschäden.
5. Zu prüfen ist zudem, ob eine Einbindung externer Fachstellen – z. B. der Polizei oder des Kriminalpräventiven Rates – sinnvoll ist.

Begründung:

Die Schäden durch Vandalismus auf Rüsselsheimer Schulgeländen haben in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Ein besonders drastisches Beispiel ist die Sophie-Opel-Schule, an der es wiederholt zu zerstörten Fenstern, beschädigten Toiletten, Müll- und Alkoholverunreinigungen sowie Brandspuren auf dem Sportplatz gekommen ist. Auch gefährdende Situationen durch unkontrollierte Fremdnutzung während und außerhalb des Unterrichts sind dort dokumentiert.

Die Kosten zur Beseitigung von Vandalismusschäden sind von rund 21.500 Euro im Jahr 2021 auf über 88.000 Euro im Jahr 2023 gestiegen – das ist eine Vervierfachung innerhalb von zwei Jahren. Diese Entwicklung belastet den städtischen Haushalt erheblich und macht deutlich, dass reine Appelle und symbolische Maßnahmen nicht ausreichen.



Zwar verfolgt die Stadt im Schulentwicklungsplan weiterhin das Ziel offener Schulgelände. Der aktuelle Zustand und die Stimmen aus den Schulen, insbesondere von der Schulleitung der Sophie-Opel-Schule, zeigen jedoch, dass differenzierte, örtlich angepasste Lösungen dringend notwendig sind. Bauliche Abgrenzungen und technische Sicherungen können hier gezielt ansetzen, ohne das gesamte Gelände zu verschließen.

Mit dem gestarteten Pilotprojekt „Sicherheitskonzept Außengelände“ besteht die Chance, gemeinsam mit den Schulen, Eltern, Lehrkräften und Verwaltung tragfähige und realitätsnahe Lösungen zu entwickeln. Diese Chance muss genutzt werden – auch vor dem Hintergrund einer begrenzten Finanzlage, in der jede Investition sorgfältig abgewogen, aber zielgerichtet geplant werden muss.

Die SPD-Fraktion Rüsselsheim bittet daher um eine umfassende Prüfung der genannten Punkte, um dem Stadtparlament eine belastbare Entscheidungsgrundlage für zukünftige Maßnahmen vorzulegen.

Mit freundlichen Grüßen

Lea Kotyga
SPD-Fraktionsvorsitzende